

Rom. Dem kirchlichen Adressaten sollen zur Erleichterung der Normfindung die empirischen Daten nahegebracht werden. Relativ optimistisch ist das Urteil über die Zukunft von Ehe und Familie: Nach einem Jahrzehnt überbordender Kritik an der Institution von Ehe und Familie erwiesen sich diese als „refuge affective“ praktisch als unentbehrlich. Die Zunahme von Scheidungen sei dagegen kein Beweis; die meisten Geschiedenen würden eine Wiederverheiratung anstreben.

Kirche und Ökumene

DAIBER, KARL-FRITZ. *Der Gottesdienst als Mitte der Gemeindegarbeit*. In: *Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft* Jhg. 69 Heft 3 (März 1980) S. 74-90.

Der Titel dieses Aufsatzes enthält auch schon seine Hauptthese: In Auseinandersetzung mit anderen Möglichkeiten der Zuordnung versucht Daiber zu zeigen, warum nur der Gottesdienst Mitte der Gemeindegarbeit sein kann. Die Argumentation setzt beim Verständnis des gottesdienstlichen Vollzugs als

Ritual und als Kult an: „Der Gottesdienst stellt phänomenologisch gesehen einen Prozeß dar, im Verlauf dessen Gott und Mensch einander näherkommen.“ Daran kann die Deutung aus der christlichen Tradition anschließen, nach der im Gottesdienst das Rechtfertigungsgeschehen artikuliert wird. Auch die Personalität Gottes und die Worthaftigkeit des Gottesbezugs kommen im Gottesdienst zu Darstellung. Gegen diese zentrale Stellung des Gottesdienstes lassen sich zwar von der Kult- und Ritualkritik ebenso Einwände erheben wie von den Schwierigkeiten eines Zugangs zum gottesdienstlichen Vollzug oder der nur zum Teil auf den Gottesdienst zentral bezogenen Motivation der Kirchenmitglieder in der Volkskirche. Dennoch gibt es „keine dem Gottesdienst überlegene Darstellung des Glaubens“. Daiber macht einige Vorschläge dazu, wie dieses Verständnis im Leben der Gemeinden konkretisiert werden kann.

TILLARD, J. M. R. *Préparer l'unité. Pour une pastorale oecuménique*. In: *Nouvelle Revue Théologique* Jhg. 112 Heft 2 (März-April 1980) S. 161-178.

Den Grundimpuls für das Bemühen um die Einheit der Christen möchte Tillard nicht so sehr in der ge-

meinsamen Sendung in die Welt sehen als vielmehr in der durch Christus schon vorgegebenen Einheit, an der sich alle getrennten Kirchen versündigen. Dadurch wird die ökumenische Unruhe zu einem theologischen Datum. Auf dieser Basis werden einige Implikationen formuliert, bei denen sich Tillard vor allem an die Adresse der katholischen Kirche wendet: Fragen der Lehre sollten nicht zugunsten der Einheit in der gemeinsamen Praxis beiseitegeschoben werden; gleichzeitig müsse immer zwischen der grundlegenden Einheit im Bekenntnis und der darüber hinausgehenden Zustimmung zu einzelnen Glaubenswahrheiten unterschieden werden. Es sei eine katholische Versuchung, anderen Kirchen den gesamten katholischen Lehrbestand auferlegen zu wollen. Die Spannung zwischen dem, was schon gemeinsam getan werden könne, und dem, was an Gemeinsamkeit noch ausstehe, müsse ausgehalten werden. Schließlich brauche es einen „vom Evangelium geprägten Raum“ der Erwartung und Hoffnung der Einheit. Dazu gehören nach Tillard der Verzicht auf übertriebene Ansprüche und die Bereitschaft, auch bestimmte Eigenarten der eigenen Tradition aufzugeben, wobei er hier auf Formen der Primatsausübung, der marianischen und eucharistischen Frömmigkeit verweist.

Personen und Ereignisse

Am 20. April starb an den Folgen eines Herzinfarktes der Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag und Kandidat der CDU für das Amt des Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen, *Heinrich Köppler*. Köppler, der bis zu seinem Tode auch einer der Vizepräsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZDK) war, kam über das katholische Verbandswesen in die Politik. Er war von 1952 bis 1956 Bundesführer der BdkJ (von 1954 bis 1956 zugleich Präsident des Weltbundes der katholischen Jugend) und von 1956 bis 1965 Generalsekretär des ZDK.

Am 15. April starb in Paris der Philosoph und Schriftsteller *Jean-Paul Sartre* im Alter von 74 Jahren. Der in Frankreich und international zur Institution gewordene Schöpfer des französischen Existentialismus und bis in sein hohes Alter Symbol eines jugendorientierten revolutionären Sozialismus hat das kulturelle und im außerparlamentarischen Raum auch das politische Leben Frankreichs wesentlich mitgeprägt. An seiner „öffentlichen“ Beerdigung am 19. April, die mehr einem Triumphzug seiner Anhänger und Sympathisanten als einem Begräbnis gleich, nahmen ca. 50000 Personen teil.

Anlässlich einer Audienz für König *Hassan II.* von Marokko, der den Papst vor allem in seiner Eigenschaft als Präsident eines Jerusalemkomitees der Konferenz der islamischen Staaten aufgesucht hatte, sprach sich *Johannes Paul II.* dafür aus, daß man in der Jerusalem-Frage zu einer „vielleicht originellen, aber baldigen endgültigen und garantierten Lösung, welche die Rechte aller achtet“, kommen solle. Man müsse einen neuen Anstoß und eine neue Art der Annäherung finden, „die nicht die Spaltungen vertieft, sondern es erlaubt, eine tiefe Brüderlichkeit in die Tat umzusetzen“. Der König hatte dem Papst zuvor die Vorstellung der islamischen Länder zur Jerusalem-Frage dargelegt.

In einem Beitrag in den „Cahiers du communisme“ hat das Mitglied des Zentralkomitees der KPF, *An-*

toine Casanova, Papst *Johannes Paul II.* vor den westlichen Medien in Schutz genommen. Diese würden einseitig die „zweifelhafte rückwärtsgewandten“ Erklärungen des Papstes zur Familien- und Sexualethik herausstellen, aber Aussagen des Papstes zu sozialen und politischen Problemen (Aufrüstung, Kritik an den kapitalistischen Gesellschaften) herunterspielen.

Auf die Frage nach dem Verhältnis der Unionsparteien zur Evangelischen Kirche in Deutschland hat *Franz Josef Strauß* in einem epd-Interview mit einer Warnung vor einer unzulässigen „Vermischung der geistlichen und weltlichen Zuständigkeit und Verantwortung“ geantwortet. Er wandte sich gegen „allzu kurzschlüssige Verbindungen von Theologie und politischen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen“ sowie gegen „jede Form der Klerikalisierung der Politik wie der Politisierung der Kirche“. In diesem Zusammenhang nannte Strauß „klerikal-revolutionäre Schwärmereien vor allem im Hinblick auf die Dritte Welt“, die Bewertung gewisser „Befreiungsbewegungen“ und Forderungen nach neuen Weltwirtschafts- und Weltrohstoffordnungen, aber auch die Themen Kernenergie und Umweltschutz.

Der Erzbischof von Wien, *Franz Kardinal König*, hat sich in einem Brief an KPDSU-Generalsekretär *Leonid Breschnew* für die Freilassung der seit einiger Zeit verhafteten orthodoxen Priester *Dimitrij Dudko*, *Gleb Jakwinin* und *Vasilij Romanjuk* eingesetzt. Der Kardinal berief sich darin auf Art. 52 der sowjetischen Verfassung, aber auch auf die Schlußakte der Konferenz von Helsinki, die Religionsfreiheit nicht nur als Kultfreiheit, sondern als Freiheit des öffentlichen Bekenntnisses garantiert.

Vor einer Überforderung der Kunst und der Künstler im kirchlichen Bereich warnte Prälat *Bernhard Hansler* bei einer Kirchenbautagung in Walberberg. Während Verkündigung auf die ganze Wahrheit ohne Verkürzung zu achten habe, sei es Aufgabe der

Kunst, durch Reduktion zu einer Verdichtung der Aussage zu kommen. Man solle besser nicht von „Kunst als Verkündigung“, sondern von „Kunst als Zeugnis“ sprechen. Das gestatte dann auch die Beschränkung auf Ausgewähltes und den Verzicht auf die Gesamtschau, die die Verkündigung immer im Auge haben müsse. Die schöpferische Freiheit gestatte Entfaltungsraum, auf den die Verkündigung zu verzichten habe.

Dem einzigen katholischen Pfarrer in der moldawischen Sowjetrepublik, *Wladislaw Sawalnjuk*, wurde von den Sowjetbehörden verboten, weiterhin Gottesdienste abzuhalten. Das Verbot für den in Kischineu wohnenden Geistlichen, wo sich auch die einzige Kirche für die ca. 40000 Katholiken der Republik befindet, wurde u.a. mit dem Argument begründet, die Gottesdienste würden von zu vielen Jugendlichen und Kindern besucht.

Die Kanadische Bischofskonferenz hat zum ersten Mal eine Frau zu ihrem Generalsekretär berufen. Es ist die 40jährige Ordensschwester *Gisela Fusert* von der Kongregation unserer Lieben Frau vom Guten Rat. Beobachter erwarten von dieser Ernennung eine Signalwirkung für die Beschäftigung weiterer Frauen in kirchlichen Stellungen, die nicht an kirchliche Weihen gebunden sind.

Für eine „ökumenische Lösung“ bei der Benützung der Heiligen Stätten in Jerusalem durch die verschiedenen christlichen Konfessionen hat sich der Deutsche-Seelsorger in Jerusalem, Pfarrer *Johannes Thüsing*, ausgesprochen. Die heute noch geltende Abgrenzung und Aufteilung, z.B. die Zuweisung von einzelnen Kapellen, Altären und Nischen in der Grabeskirche, sei durch das veränderte ökumenische Klima zwischen den Kirchen überholt. Es gelte jetzt das Bemühen um das Wachsen der Einheit ebenso zu berücksichtigen wie die Tatsache, daß die Orthodoxen in Jerusalem „zutiefst Einheimische“ sind.